



Antje Tillmann
Mitglied des Deutschen Bundestages

Pressemitteilung

Berlin, 24. Januar 2011
Redaktion: Alexander Wahsner

Antje Tillmann, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227-77019
Fax: +49 30 227-76497
antje.tillmann@bundestag.de

Wahlkreisbüro Erfurt:
Brühler Straße 4
99084 Erfurt
Telefon: +49 361 643 19 67
Fax: +49 361 644 78 59
antje.tillmann@wk.bundestag.de

Wahlkreisbüro Weimar:
Erfurter Straße 12
99423 Weimar
Telefon: +49 3643 850 582
Fax: +49 3643 850 585

Mitglied im Finanzausschuss

**Mitglied im
Vermittlungsausschuss**

**Stellv. Mitglied im
Haushaltsausschuss**

Solidarpakt wird nicht angetastet

Nach der gemeinsamen Entscheidung der Südländer, offensiv neue Gespräche über den Länderfinanzausgleich zu fordern, beruhigt die Thüringer CDU/CSU-Bundestagsabgeordnete Antje Tillmann die Gemüter:

„Von dieser Entscheidung der Länder Baden-Württemberg, Bayern und Hessen ist ausschließlich der Länderfinanzausgleich, nicht aber der Solidarpakt betroffen. Es sind Verträge zum Solidarpakt geschlossen worden, und diese gelten auch weiterhin. Der Solidarpakt steht nicht zur Disposition“, so Tillmann.

Wichtig ist der Finanzexperten, dass keine neuen Ost-West-Konflikte geschürt werden. Denn auch die Mehrzahl der westdeutschen Länder hat den Status eines Empfängerlandes.

Trotzdem zeigt die Abgeordnete Verständnis für die Unzufriedenheit der südlichen Bundesländer mit dem System des Länderfinanzausgleichs. „Stellt Baden-Württemberg neue Betriebsprüfer ein, so hat das Land Fixkosten von mindestens 60.000 Euro. Führt die Arbeit des einzelnen Prüfers dann zu Steuermehreinnahmen von 100.000 Euro, muss Baden-Württemberg einen Großteil dieser Mehreinnahmen an den Länderfinanzausgleich abführen. Das Gehalt von 60.000 Euro muss das Land allerdings komplett selbst tragen. Motivationsverlust und geringere Leistungsbereitschaft sind so vorprogrammiert. Um Gespräche zu neuen Lösungen wird man nicht herumkommen“, so Tillmann. „Dies sollte im Interesse aller nicht vor Gericht, sondern auf dem Verhandlungsweg erfolgen. Und zwar so rechtzeitig vor 2019, dass alle sich darauf einstellen können.“

Für Fragen stehe ich gern zur Verfügung.